

Große Anfrage

der Abgeordneten Jaunich, Jahn (Marburg), Hoffmann (Saarbrücken), Dr. Linde, Sieler, Thüsing, Bergerowski, Dr. Hirsch, Kleinert, Schmidt (Kempten), Dr. Wendig, Wolfgramm (Göttingen) und der Fraktionen der SPD und FDP

Lage und Forderungen der Sinti, Roma und verwandter Gruppen

Den Sinti ist durch den Nationalsozialismus aus rassistischen Gründen schweres Unrecht zugefügt worden. Der Rassenwahn des Nationalsozialismus ließ auch Sinti zum Opfer schwerer Verfolgungen werden. Viele von ihnen wurden ermordet, zahlreiche Sinti durch grausame Lagerexperimente sowie durch Zwangssterilisation nachhaltig in ihrer Gesundheit geschädigt.

Die erlittenen körperlichen und seelischen Schäden wirken heute noch fort und können mit materiellen Entschädigungen nicht vergessen gemacht werden.

Die Bundesrepublik Deutschland hat daher auch heute noch gegenüber diesen Verfolgten des Naziregimes eine Verpflichtung zur Hilfeleistung. Die Fraktionen der SPD und FDP im Deutschen Bundestag erkennen diese Verpflichtung auch gegenüber den Sinti, Roma und verwandten Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland ausdrücklich an. Es kann nicht übersehen werden, daß ihr Schicksal – wie anderer Gruppen – nicht in dem Maße in das öffentliche Bewußtsein gedrungen ist, wie es der Unmenschlichkeit ihrer Verfolgung entsprochen hätte.

Die Sinti, Roma und verwandte Gruppen haben das Recht auf Gleichbehandlung im Rahmen der Verfassungs- und Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland. Mangelnde Informationen und mangelndes Problembewußtsein haben dazu geführt, daß Angehörigen dieser Gruppen auch nach 1945 moralisches Unrecht widerfuhr. Diskriminierungen aller Art, sei es durch Vorschriften, durch Handeln von öffentlichen Verwaltungen, Verbänden oder auch in der öffentlichen Meinung, müssen beseitigt werden.

In diesem Sinne fragen wir die Bundesregierung:

1. Soziale Situation

Wie beurteilt die Bundesregierung die soziale und kulturelle Situation der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden

Sinti und Roma (unter Berücksichtigung deren Sprache, Kultur, Wanderverhalten, Ausbildung, berufliche und wirtschaftliche Situation, Wohnverhältnisse, Integration in die Mehrheitsbevölkerung)?

2. Anerkennung des Tatbestandes des Völkermordes

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, wonach den Sinti durch den Nationalsozialismus aus rassistischen Gründen schweres Unrecht zugefügt wurde, das als Völkermord zu bezeichnen ist?

3. Wiedergutmachung

- a) Welche Wiedergutmachungsleistungen aufgrund nationalsozialistischen Unrechts und Verfolgung haben Sinti und Roma erhalten?
- b) Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß Sinti und Roma in dem Maße wie gesetzliche Regelungen dies ermöglichten, auch tatsächlich Wiedergutmachungsleistungen erhalten haben?
- c) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den Sinti zu helfen, die Ansprüche nach dem Bundesentschädigungsgesetz wegen verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden nicht oder nicht rechtzeitig geltend gemacht haben?
- d) Auf welche Weise gedenkt die Bundesregierung sicherzustellen, daß ein Vertreter dieser Personengruppe im Beirat des Wiedergutmachungs-Dispositions-Fonds mitwirken kann?

4. Staatsangehörigkeit

- a) Wie beurteilt die Bundesregierung die Schwierigkeiten der Sinti mit a) ungeklärter, b) aberkannter oder c) fremder Staatsangehörigkeit bzw. d) mit Staatenlosigkeit, die als Ausländer eine Aufenthaltserlaubnis und gegebenenfalls einen Fremdenpaß benötigen, für beides Gebühren zu entrichten haben und denen zudem als Ausländer die Aufnahme einer selbständigen Erwerbstätigkeit untersagt oder eingeschränkt werden kann?
- b) Welche Wege sieht die Bundesregierung, die Erlangung der deutschen Staatsangehörigkeit durch Lockerung bestehender Voraussetzungen (z.B. Beherrschen der deutschen Sprache in Wort und Schrift, Nachweis deutscher Herkunft) bzw. die Vergabe von Fremdenpässen zu erleichtern?

5. Diskriminierung

Ist der Bundesregierung bekannt, daß in den polizeilichen Informationssystemen „Zigeunernamen“ (ZN) weiterhin gesondert erfaßt werden, und hält die Bundesregierung diese Praxis mit der Verfassung und gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere dem Datenschutzrecht, für vereinbar?

6. Wohnungsbauprogramme

- a) Wie beurteilt die Bundesregierung den Verlauf der Modellprojekte für spezielle Wohnungsbauprogramme in Freiburg-Weingarten und in Köln?
- b) Welche Erfahrungen können aus diesen Projekten gewonnen werden, und welche weiteren Maßnahmen zur Wohnraumversorgung von Sinti sind geplant?

7. Durchfahrerplätze

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, geeignete Durchfahrerplätze für Sinti zu schaffen?

8. Freier Zugang zu Campingplätzen

- a) Wie beurteilt die Bundesregierung allgemeine Zutrittsverbote zu Campingplätzen für Landfahrer – wie sie derzeit in der Mustercampingplatzordnung des deutschen Fremdenverkehrsverbandes enthalten sind – im Hinblick auf das Diskriminierungsverbot im Grundgesetz?
- b) Zu welchem Ergebnis führten die Bemühungen der Bundesregierung, derartige pauschale Zutrittsverbote zu unterbinden?

9. Ausbildung der Heranwachsenden

- a) Welche nationalen und internationalen Erfahrungen liegen der Bundesregierung vor, wie angesichts des hohen Analphabetenanteils unter den Sinti die schulische Betreuung nichtseßhafter oder halbseßhafter Sinti verbessert werden kann?
- b) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, im Rahmen von Modellprojekten, der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und durch Anregung bei der Kultusministerkonferenz der Länder daran mitzuwirken, daß
 - spezielle schulische Einrichtungen für Reisende geschaffen werden,
 - speziell für diese Aufgabe Lehrkräfte ausgebildet werden,
 - gezielte Unterrichtsmaterialien für diese Gruppen geschaffen werden?

10. Weiterbildung von Erwachsenen

Wie können im Rahmen des Arbeitsförderungsgesetzes berufliche Qualifikationen von Sinti verbessert werden, und welche Erfahrungen liegen der Bundesregierung über das Ausmaß der Nutzung dieser Möglichkeiten durch diese Personengruppe vor, und welche Schlußfolgerungen sind daraus zu ziehen?

11. Lehr- und Unterrichtsmaterialien

Ergeben die von der Bundesregierung geförderten Forschungsarbeiten über die Lage der Sinti Aufschlüsse darüber, ob in (in Schulen verwendeten) Unterrichtsmaterialien immer

noch diskriminierende Darstellungen der Sinti enthalten sind, und was kann ggf. dagegen unternommen werden?

12. Soziale Sicherung

- a) Welche Ergebnisse erzielten die Bemühungen der Bundesregierung, zur Vermeidung von „Sogkräften“ auf der einen Seite und „engherziger Auslegung gesetzlicher Bestimmungen“ auf der anderen Seite, auf die Notwendigkeit der gleichmäßigen und uneingeschränkten Durchsetzung der aus dem Bundessozialhilfegesetz abzuleitenden Rechtsansprüche hinzuweisen, insbesondere im Hinblick auf
- Umfang der Anrechnung der Kraftfahrzeuge und Wohnwagen als Vermögen,
 - Nachweis bzw. Schätzung der Einkommenslage,
 - Hilfen bei der Finanzierung der Wohnunterkunft während der Reisemonate,
 - Schaffen von Arbeitsgelegenheiten bei Wahrung kultureller Besonderheiten,
 - weitere spezielle Hilfsmaßnahmen (nach § 72 BSHG)?
- b) Erscheint es der Bundesregierung zur Vermeidung von finanziellen Überforderungen einzelner Kommunen angebracht, Leistungen nach § 72 des Bundessozialhilfegesetzes durch „überörtliche Träger“ zu gewähren, und welche Initiativen erscheinen der Bundesregierung angebracht, diesen Weg der Entlastung einzelner Kommunen zu fördern?
- c) Ergibt sich nach Ansicht der Bundesregierung aufgrund durchgeführter Forschungsvorhaben die Notwendigkeit, die Verordnung zur Durchführung des § 72 BSHG zu novellieren und dabei insbesondere den Begriff „Landfahrer“ im Hinblick auf die Sinti zu differenzieren?

13. Beratung und Betreuung

Wie beurteilt die Bundesregierung die Notwendigkeit der verstärkten Beratung und Betreuung zur Verbesserung der Information von Sinti unter Mitwirkung eigener – mit der Kultur der Sinti vertrauter – Sozialberater, und welchen Beitrag kann die Bundesregierung hierzu leisten?

14. Kultur- und Dokumentationszentren

Welche Möglichkeiten hat die Bundesregierung, zur Pflege der Kultur der Sinti und zur Dokumentation der Geschichte der Sinti im Rahmen der Förderung kultureller Vorhaben von überregionalem Charakter oder zentraler Bedeutung fremder Volksgruppen beizutragen?

15. Fortsetzung des Dialogs

Welche Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den Verbänden der Sinti und deren Förderung sieht die Bundesregierung?

Bonn, den 25. August 1982

Jaunich

Jahn (Marburg)

Hoffmann (Saarbrücken)

Dr. Linde

Sieler

Thüsing

Wehner und Fraktion

Bergerowski

Dr. Hirsch

Kleinert

Schmidt (Kempten)

Dr. Wendig

Wolfgramm (Göttingen)

Mischnick und Fraktion

